

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1914. Nr. 16.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

Bezugspreis für Halle und Sorau 2.40 Mtl., durch die Post bezogen 3 Mtl. für den Besteller.
Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Gratis-Beilagen: Kaffeebecher
(Gütertag, Heftenblätter), 21. Unterzahlungsblatt (Sonntagsheft), Landw. Mitteilungen,
Ländliche Wohnbeilage, Gleditsche Broschürenblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren für die postbefreite Beilage oder deren Raum für Halle und den
Grenzbezirk Sorau, außerdem 20 Pfennig. — Refusum am Schluss des wöchentlichen Zeit-
blattes 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen
bekannten Anzeigenvermittlern.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Zeigalager Straße Nr. 61/62.
Telephon 8108 u. 8109; Redaktions-Telephon 810.
Gefesthalter: Dr. Brösner-Beilage Halle (Saale).

Sonnabend, 10. Januar 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt Kurfürst Nr. 6280.
Zweig- und Verlag von Otto Ehrlich, Halle (Saale).

„Genossen“ auf dem Lande.

Aufschritten an großstädtische Mütter lenken jüngst die allgemeine Aufmerksamkeit auf die besorgniserregende Tatsache, daß der mehr und mehr um sich greifenden Sehe der Sozialdemokratie auf dem Lande ein Gegengewicht eigentlich nur durch die Ortsgruppen des Bundes der Landwirte geschaffen und daß so ein weiterer Ausbau dieser rührigen agrarischen Vereinigungen außerordentlich erwünscht sei. In der Tat macht in einzelnen Bezirken die Verhinderung der Landarbeiter unverkennbar Fortschritte. Nicht, als ob vorerst ernstlich zu befürchten wäre, daß die revolutionäre Partei auf dem Lande je einen auch nur annähernd so großen Prozentsatz der Bevölkerung für sich gewinnen könnte wie in den Großstädten; wer jedoch will, daß zur Abwendung der sozialdemokratischen Gefahr vom Gegenwartsstand jeder Fuß breit Bodens in zücker Ausdauer verteidigt werde, kann sich allerdings nicht ruhig mitansehen, daß allmählich auch nur Teile der Landarbeiterschaft unter roten Einfluß geraten. Daraus ergibt sich von selbst die Notwendigkeit, sowohl die mündlich wirkenden Sendboten der revolutionären Partei als auch ihre publizistischen Leistungen fortan größerer Aufmerksamkeit zu würdigen. Das gilt insbesondere von den Flugblättern, mit denen die Genossen in regelmäßigen Abständen die Landarbeiter beglücken. Die Sozialdemokratie macht sich natürlich kein Hehl daraus, daß die Verbreitung ihrer für großstädtische Verhältnisse geschaffenen und unter einseitigsten Konsumtenansprüchen geschriebenen Zeitungen und gerade bei den Landarbeitern keinen Erfolg versprechen kann. Sie gibt deshalb besondere Flugblätter heraus, die es vermeiden, dem Produzenteninteresse des Landarbeiters zu nahe zu treten, dafür aber in der ionischen Verheerung dieser Arbeitnehmer um so erfindreicher und skrupelloser vorgehen.

Vor uns liegt u. a. ein Nummer des „Hessischen Landboten“, der sich läßt als „sozialdemokratisches Organ für jedermann auf dem Lande“ vorstellt. Er bringt es fertig, die Willkür, die der Wehrbeitrag den Besitzenden aufbürdet, wegenwiegend als einen Pappentel zu bezeichnen, und straft alle die Gutmütigen, die sich einreden, man brauche die Seereslasten nur auf die Schultern der Besitzenden abzuwälzen, um die ganze sozialdemokratische Dagegen den Militarismus im weitestlichen zu erlösen. Er erneuert auch das Märchen, gerade die Seeresvermehrung des Deutschen Reiches habe die internationale Situation in gefährlicher Weise verschärft, und geht dann zu neuen Variationen der dem Fluch der Lächerlichkeit anheimelnden noch immer nicht genügend erfüllten Friedensmissionen über. Natürlich fehlt es auch nicht an der Versicherung, daß die Steuererlese ein ganz anderes Aussehen bekommen hätten, wenn sie die Sozialdemokratie wirklich nach ihren Grundtendenzen hätte regeln können: „Dann wäre nicht der Großgrundbesitzer abermals in so unverantwortlicher Weise gequält worden, dann wäre auch das Riesenvermögen der Kirche nicht geschont worden, die Steuerpflicht der Fürsten wäre gesetzlich festgelegt worden, und auch sonst wären die Gelese von Grund aus anders gestaltet worden.“ Die Melodie ist ja nachgerade bekannt. Bedenkt man aber, daß die neuen Steuererlese doch in der Hauptsache Großgrundbesitzer bringen, dann klingt der Gedanke, der Großgrundbesitzer sei in unverantwortlicher Weise gequält worden, ungewöhnlich reichlich absurd.

Man schaue aber auch unter den Strich. Hier erscheint „Nachdenkliches für den Arbeiter“. Das Scherzwort: „Wer die Arbeit kennt und sich nicht drückt.“ — wird hier allen Entschlossenen als tiefes Lebensweisheit verfochten. Der genossenschaftliche Reflektor des Nachdenklichen höhet geradezu über die Annahmen, je mehr der Mensch arbeite, um so besser komme er vorwärts: „Sollt du, lieber Kollege, schon einen Menschen kennen gelernt, der durch übermäßiges Schuften und Schinden sich ein Vermögen erworben hätte? Du kannst lange suchen und wirst doch keinen finden. Wohl aber das Gegenteil. Lange Arbeitszeit und niedriger Verdienst sind in der Regel beisammen zu finden, während umgekehrt die kürzere Arbeitszeit den höheren Lohn nach sich zieht.“ Wenn

der Verfasser dieser absonderlichen Nachdenklichkeiten schon selbst ein Frauenger ist, so sollte er wenigstens Lakt genug besitzen, den Mitmenschen nicht ohne weiteres als Kollege anzurechnen. Gottlob, viele Landarbeiter werden es sich verbieten, von diesem Herrn, der anscheinend an der sozialdemokratischen Krippe einen besonders bequemen Platz erhalten hat, als seinesgleichen betrachtet zu werden. Wohl hat der Generalpäpster des Nachdenklichen (pöter, es gehöre sich, fleißig und umsichtig in der Arbeitszeit zu sein. Aber sein ganzer Aufsatze hätte keinen Sinn, wenn er diese fittliche Pflicht predigen sollte. Der Hauptton liegt eben auf der Warnung vor zu fleißiger Arbeit; die bringe nicht vorwärts. Diese Proben der sozialdemokratischen Sehe mögen vorerst gemühen. Sie mahnen aber hinlänglich, den Högern ständig wachsam auf die Finger zu sehen, ehe sie zu großes Unheil angerichtet und die von ihnen verbreiteten Torheiten gläubige gefunden haben.

Die Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen

Verstärkte am Freitag vormittag die Anlagen der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Magdeburg. Am Nachmittag wurde die Debatte über die Gewehrbeschaffung sowie über die Verteilung und Kontrolle der Staatsbetriebe gegenüber der Privatindustrie fortgesetzt.

In dieser Debatte ist die Entschlieung in den Kreis der Erwägungen gezogen worden, wonach die Beschaffung bei der Verabschiedung der Seeresvorlage die Ermartung ausgedrückt hat, daß die Beschaffung des Kriegsmaterials zunächst in den reichseigenen technischen Instituten erfolge. Von den der Kommission angehörenden Vertretern der Industrie wurde mit großer Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß diese Entschlieung in der Praxis der besten Industrie, der Reichswehrtechnik, herbeizuführen habe, da sie nur so ausgelegt werden könne, daß abweichend von dem bisherigen Verfahren die Privatindustrie nach und nach von den Lieferungen für Meer und Marine ausgeschlossen werden solle. Der gleiche Eindruck sei im Hinblick herbeizuführen und habe den Mitgliedern der Industrie-Gruppe vorhin überzogen. Schaben ausgefüllt. Demgegenüber wurde von den anwesenden Mitgliedern des Reichstages übereinstimmend betont, daß die Entschlieung in diesem Sinne nicht ausgefüllt werden könne; wer die Verhandlungen kenne, aus denen die Entschlieung herbeizuführen sei, könne nicht im Zweifel darüber sein, daß einer Verwirklichung der genannten Rüstungslieferungen damit keineswegs das Wort gegeben, vielmehr nur dem Wunsch Ausdruck gegeben worden sei, daß der große Bedarf auf Grund der Seeresvorlage nach Möglichkeit in den eigenen Instituten des Reichs gedeckt werden solle, um die bestehenden Anstalten voll auszunutzen. An eine Gewehrbeschaffung der Industrie und an eine Veränderung des Systems habe schon wegen der nötigen Beschleunigung der Lieferungen nicht gedacht werden können. Nicht beabsichtigt wäre gewesen, durch diesen Beschluß die Privatindustrie in ihrem berechtigten Interesse, insbesondere in ihrem Umfang und ihren Ausdehnungsmöglichkeiten zu schädigen. Die Kommission habe also nicht in Widerspruch mit der Entschlieung, wenn sie ihre Aufgabe darin erblicke, nicht etwa grundsätzlich die Monopolisierung der Rüstungsgüter vorzubereiten, sondern darin, die bestehenden Geschäftspunkte für die Abfertigung der Hauptanforderungen der Reichswehr zu erhalten und der Privatindustrie zu ermöglichen. Einmündigkeit wurde festgestellt, daß der vorgenannte sogenannte „Rigato“-Brief über die Wehrinanspruchnahme der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken niemals aus den Händen des Direktors herausgenommen werden noch auch im „Rigato“-Brief sonst in irgend einer anderen Stellung veröffentlicht werden ist.

Die Verhandlungen wurden 6¼ Uhr abends abgebrochen; sie werden fortgesetzt werden, sobald die Referenten für die einzelnen Lieferungsgegenstände im Benehmen mit den zuständigen Referenten ihre Ermittlungen soweit erforderlich haben, daß sie der Kommission ihre Berichte erhalten können.

Deutsches Reich.

Staatsminister Hartwig.

Wie wir schon kurz gemeldet haben, starb in der Nacht zum Freitag der braunschweigische Staatsminister

Hartwig. Minister Hartwig hat erst vor kurzem sein Amt als Staatsminister von Braunschweig niedergelegt. Er war ein tüchtiger, langjähriger Leiden hat er auf seinem Posten ausgehalten, um mit eigener Energie das Ziel zu verfolgen, dem er seine ganze Arbeitskraft gewidmet hatte. Es war die Lösung der braunschweigischen Frage, die durch die kirchliche Trennung des Herzogtums von Preußen und dessen Veranlung mit Preußen in die Reihe der glücklichen Ereignisse fand. Hartwig darf sich das größte Verdienst an diesem Ergebnis zuschreiben. Seine ganze Beamtenverwaltung hat sich im Staate Braunschweig ausgebreitet. Er wurde als Sohn eines Fleisches am 19. Januar 1846 in Kutter an Paderborn geboren. Nach Vollendung eines juristischen Studiums trat er 1870 in den Staatsdienst. 1873 wurde er Polizeipräsident. Nachdem er dann fünf Jahre Bürgermeister von Helmstedt gewesen war, wurde er zum Ministersekretär und

Regierungsrat ernannt. 1888 wurde er außerordentliches Mitglied des Staatsministeriums, 1898 wurde er als Minister des Inneren zum Mitglied des Ministeriums, 20 Jahre hat er an der Spitze des braunschweigischen Staatswesens gewirkt.

Die Bestattung des Staatsministers Excellenz Hartwig wird Montag, den 12. Januar, vormittags 11¼ Uhr nach Abhaltung einer Trauerfeier im Dom auf dem Friedhof der Hof- und Komdiere stattfinden.

Dem hochverdienenden Staatsmann wird eine besondere Ehre dadurch zuteil werden, daß seine Beerdigung auf Kosten der Staatskasse erfolgen wird.

Der Zentralausfluß des Schuterverbandes für Deutschen Grundbesitz, e. V.

hielt am 7. Januar unter dem Vorsitz des Fürsten zu Salm-Horstmar eine Sitzung ab. Verschiedene Beiratsberatungen wurden genehmigt, u. a. die des Bezirksarbeiterverbandes des Bauverbandes für Thüringen, der Süddeutschen Distrikto-Gesellschaft in Mannheim und des Bürgervereins der Bürgermeisterei Kirchzettel Neustadt. Der Ausschuss stimmte ferner nachträglich zwei eiligen Eingaben an den Bundesrat bezugl. an das Reichsamt betreffend Ausführungsbestimmungen zum Mehrheitsvertragsgesetz zu. Es wurde eine sofortige Eingabe beschlossen, die die Errichtung von städtischen Grundbesitzerkammern befürwortet soll. Eine Denkschrift des Schuterverbandes zum kommunalen Aufgabenfeld mit eingehender Begründung fand allseitige Zustimmung und gelangt sofort an die zuständigen Ministerien, an das Herrenhaus und Abgeordnetenhaus zur Abhandlung. Der Vorstand der Denkschrift wird in der Beilage „Grundbesitz und Realrecht“ und als Heft 14 der Schriften des Schuterverbandes der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Der Freisinn bei der Landtagswahl in Niederbarnim.

Am 7. d. M. hielt der konfessionelle Volksverein des Kreises Niederbarnim seine Generalversammlung in Berlin ab, auf der zunächst Major a. D. Stroffer einen Vortrag über die allgemeine politische Lage hielt. Sodann machte der Vorsitzende des Vereins Mitteilungen über die Vorgänge bei der Landtagswahl 1913, besonders über die bekannnten Verhandlungen mit den liberalen Parteien in Nieder- und Oberbarnim. Nach einer lebhaften, ausfindenden Aussprache wurde folgende Entschlieung einstimmig angenommen:

Mit lebhafter Befriedigung nimmt die heutige Generalversammlung des konfessionellen Volksvereins des Kreises Niederbarnim Kenntnis davon, daß der Kreisvereinsvorsitzende kein Mittel unversucht gelassen hat, die drei Landtagsmandate des Wahlkreises Oberbarnim, Ober- und Niederbarnim und Siedenberg den liberalen Parteien zu erhalten. Die Generalversammlung spricht gleichzeitig ihre Bedauern darüber aus, daß die Liberalen die Anträge der konfessionellen Abgeordneten und der größere Teil der liberalen Wahlmänner durch die Verkäuflichkeit bei der Stichwahl die drei Mandate der Sozialdemokratie überlassen haben.

Die Generalversammlung hat ferner mit lebhafter Freude Kenntnis von der einmütigen Haltung der Mitglieder der konfessionellen und freikonfessionellen Partei des Reichstages bei den Verhandlungen über den Fall Rabern genommen. Sie spricht den konfessionellen und freikonfessionellen Reichstagsabgeordneten herzlichen Dank aus für das mannhafte Eintreten für die Rechte der Armee und die Erhaltung der einseitigen Kommandogewalt des obersten Kriegsherrn.

Kleinere politische Nachrichten.

* Reichstagsverhandlung. Bei der durch den Tod des Reichstagsabgeordneten Lofe (Zentrum) im Wahlkreis Oepeln 9 notwendig gewordenen Reichstagsverhandlung erhielt Farrer Rath a. Brönig (Zentrum) 7591, Landrat Dr. F. H. mer-Leobrich (sonl.) 180 Stimmen. Somit ist Rathmann gewählt. (Siehe auch „Letzte Telegramme“.)

* Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg empfing, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, gestern den neuernannten hessischen Gesandten Prinzen Traub von Traband.

* Berlin. Wie wir hören, ist den Reichstagen die Beschlüsse von St. Petersburg und von Odessa in Paris der Rolle Arbeiterbrüder Klause mit der Sehe verlesen worden.

* Der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsverbandes hat an die Staatssekretäre des Reichsjustizministeriums und des Reichsministeriums für Finanzen, Landwirtschafts- und Handelsminister in Preußen eine Eingabe gerichtet, in der im Zusammenhang die betragsmäßig ausfindige Einkünfte auf der von mehr als 100 Millionen Reichsmark ausfindig sind. — geben wird.

* Für unser Heer! Der „Reichsanzeiger“ macht bekannt, von einem ungenannten Deutsch-Amerikaner sind als Beitrag zu den Kosten der Verstärkung des deutschen Heeres 3000 Mark eingeleistet worden. Der Einnahmehaber hat dabei gebeten, den Empfang im „Deutschen Reichsanzeiger“ zu bestätigen, was hiermit unter dem Ausdruck verbindlichen Dankes geschieht.

Die Förderung der inneren Kolonisation. Eine dem Abgeordnetenhaus zugewandene Denkschrift über die Verwertung des Bodensatzes zur Förderung der inneren Kolonisation in den Provinzen Ostpreußen, Pommern und Brandenburg für das Etatsjahr 1912 bringt den üblichen Überblick über die Verhältnisse auf dem Gebiete der inneren Kolonisation in Ostpreußen, Pommern und Brandenburg in der ersten Hälfte des Rechnungsjahres 1912. Danach sind in Ostpreußen 21 Besiedlungen mit zusammen 3244 Sektar, in Pommern 14 Besiedlungen mit 4401 Sektar, in Brandenburg 12 Besiedlungen mit 2151 Sektar, in allen drei Provinzen zusammen 47 Besiedlungen mit 9856 Sektar eingeleitet. Der Bestand des Bodensatzes ist, da aus dem Vorjahre ein Betrag von rund 206 000 Markt übernommen und auf Grund des Glanz für 1912 ein Betrag von 1 Milliarde Markt hinzugekommen, aus dem Verhältnis der inneren Kolonisation, andererseits über einen Betrag von rund 385 000 Markt Verfügung getroffen ist, auf rund 811 000 Markt.

Aus Anlaß des Besuches des regierenden Fürsten von Neuchâtel Elie Heinrich XXVII. in Dresden fand am Donnerstagabend um 6 Uhr im dortigen Meißenschloß Galateelast statt, bei der zwischen dem König von Sachsen und dem Fürsten herliche Zeremonien abgesehen wurden. An die Tafel saßen sich ein Besuch des königlichen Hofes. Der König ernannte dem regierenden Fürsten Elie J. Heinrich XXVII. zum Oberbefehl in Dresden garnisonierenden Jägerbataillons Nr. 12. Der König verlieh dem fürstlich russischen Oberstleutnant Dr. Freyher von der Gedenk-Haus den Oberbefehl des Jägerbataillons.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

Sitzung vom 9. Januar 1914.

Am Regierungstische: Dr. Bessler.
Präsident v. Bethel eröffnete die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung standen zunächst geschäftliche Mitteilungen.
Die Wahl der ständigen Kommissionen wird auf allgemeinen Wunsch vom Plenum borgenommen, und zwar auf Vorschlag des Freiherrn v. Nostitz durch Affirmation.
Zu Quästionen ernannte der Präsident die Herren Graf Sitten-Gopsch und v. Bessler.
Darauf folgte die Vereidigung der neu eingetretenen Mitglieder des Hauses, Dr. Dernburg, v. Löwenfeld, v. Marlow, Fürst von Wittgenstein und Graf Schaffpösch.
Alsdann wurde die Fideikommissvorlage an eine Kommission von 25 Mitgliedern verwiesen, ebenso die Vorlage über die Abänderung des Gesetzes betreffend die allgemeine Landesverwaltung und des Ausgrabungsgesetzes.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr: Antrag Graf v. Marberg betreffend die Wahrung der Stellung Preußens im Reich. — Schluß 3 Uhr.

Wie die mexikanischen Rebellen haufen.

Der Kriegs-Korrespondent des „American Press Association“ landete aus Sabana, wohin er sich aus Veracruz begab, dem „New-York American“ einen ausführlichen Bericht über die Schreckenstaaten der mexikanischen Rebellen und Bundeskämpfer, die er selbst aus nächster Nähe beobachtet konnte. Er schreibt:
Während der Eisenbahnlinien sah ich überall die Zeichen unschuldiger Farmer auf den Felderangehörigen hängen. Die in Erinnerung blieben, waren die Rebellen, die Rebellen die Wägen, nur die Zeit des Wagens gehen zu können. Das sind dieselben Rebellen gewesen, die sich selbst so gern für die Verteidiger und Schützer der Nichtkatholiken ausgegeben haben. Ich habe gesehen, wie Farmer mit ihren Familien, Frauen und Kindern in Kellerräumen eingeschlossen wurden, die keine Ventilation besaßen. Das Ergebnis war, daß nach drei oder vier Tagen die meisten der Bewohner ermordet wurden. Unangenehm war ich Frauen, wie sie auf den Arnen liegend um das Leben ihrer Angehörigen, ihrer Männer und Kinder, beteten. Aber nur die Intervention irgend eines reicheren Farmers und ein bedeutendes Geldangebot konnten das Leben der Unschuldigen retten. In Hunderten und Hunderten von Fällen schlachteten die heiden Kriegführenden in unbeteiligte ab. Keine junge Frau, kein Mädchen konnte vor den Weibern überleben. In einer Vorstadt Mexicos schändeten die Rebellen die Frau eines wohlhabenden Bürgers vor den Augen des Mannes, und als er zur Wehre griff, ermordeten sie ihn. In Amecameca, einem Orte nahe der Stadt Mexiko, waren die Rebellen einen Bauer, anzusehen, wie sie seine drei Töchter schändeten. Und diese Szenen waren keine Ausnahmen. Sie gehörten vielmehr zur Tagesordnung der Revolution. Ich war Augenzeuge, wie die Rebellen einen Zug anführten, der Offiziere der Bundesarmee beförderte. Die Männer wurden ermordet, die Frauen geraubt.

Ausland.

Mexikanische Widerstände.

Saffan Balboa, ein bormerger Arbeiter, der aus Durango in Mexiko eingetroffen ist und für einen Abgeordneten Elías Balboa gehalten wird, widerspricht allen Gerüchten von Untrüben gegen den Bringen zu Mexiko in Durango; im Gegenteil treffe man dort Vorbereitungen für den Empfang des Bringen. Elías Balboa begünstigte die Kandidatur des Bringen und sei Vorwärtiger der Vereinigung für die Vorbereitungen und die Auslieferung des Nationalpalastes. Saffan erklärt, er sei von Elías Balboa abgelenkt, um den Bringen zu Mexiko in seinem Namen, und im Namen der Stadt zu begrüßen; er werde in einigen Tagen mit den anderen Mitgliedern der abweichenden Abordnung abreisen. Saffan hält es für möglich, daß der Richter in Balboa mit schwebender Zustimmung zumal Elías Balboa beigefunden habe, welcher mit Bedauern dem Regierungsrat des neuen Präsidenten entgegenstehe; Saffan habe aus erst infolge von Aufforderungen der Internationalen Kontrollkommission und der Behörde eingegriffen. — Aus Mexiko meldet der „Corriere della Sera“, die Manifeste des aus Balboa angekommenen Dampfers „Mitratico“ berichte von einer Verhaftung des dortigen Geheimrats des Reiches; Gendarmen mit aufgespanntem Bajonet parolierten am Hafen, und die italienischen und österreichisch-ungarischen Stationsdienste übten einen härteren Überwachungsdienst aus.

Eine Anzahl abansässiger Notabeln, die verdächtigt sind, an der Verdröpfung zugunsten Kaiser Wilhelms teilgenommen zu haben, ist verhaftet worden. Das Verhör des Urhebers der Verdröpfung West-Bei hat vorgestern abend in Gegenwart der Minister der vor-

läufigen Regierung stattgefunden. Die in Balboa gelandeten türkischen Offiziere wurden im Laufe des gestrigen Tages vernommen.

Kaiser Wilhelms und die Forts.

Wegen der Reklamationsmeldungen über Kaiser Wilhelms hat der österreichisch-ungarische Kaiserhof Kaiserin von Ballavicini vorgeschrieben, nachmittags einen Schritt beim Großvezier unternehmen, um in dieser Richtung Aufklärungen zu verlangen. Der Großvezier erklärte, daß die Forts der ganzen Sache fernstehe und alles aufhört werde, um nicht gegen die Wünsche der Mächte bezüglich Albanien zu verstoßen. Kaiser Wilhelms hatte gestern vormittag dem Kaiserin Ballavicini einen Brief ab.

Benizelos Aufnahme in Rom.

Der Minister des Auswärtigen hat gestern zu Ehren des griechischen Ministerpräsidenten Benizelos im Neuen Klub ein Dejeuner gegeben, an dem unter anderem teilnahmen: der griechische Gesandte in Rom Gromilas, der Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen Fürst di Salera, der erste Generaladjutant des Königs von Italien Prualdi, der Minister des königlichen Hauses Marquis-Prualdi, ferner Beamte des Ministeriums des Auswärtigen und die Begleitung des Ministerpräsidenten Benizelos.

Zwischen Bulgarien und der Türkei

finden fortgesetzt sehr reger Unterhandlungen statt, die die Unterzeichnung eines Offensiv- und Defensivbündnisses zum Gegenstand haben. Die Verhandlungen werden gleichmäßig von Seite bei in Sofia und von London in Konstantinopel geführt.

Zur Erkrankung des rumänischen Königs.

Wie die Blätter melden, handelt es sich bei der Erkrankung des Königs lediglich um eine ganz leichte Erkrankung ohne Fieber. Der König hat die Nacht ausgezeichnet verbracht.

Tagesordnung der 19. ordentlichen Vollversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen.

Die Mitglieder laden der Präsident der Kammer unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des Gesetzes über die Landwirtschaftskammern, sowie die bezüglichen Bestimmungen der Satzungen und der Geschäftsordnung und unter Hinweis auf die nachfolgende Tagesordnung für Mittwoch, den 22. Januar 1914, den 21. und 22. Januar 1914, und die Beschlüsse der 18. ordentlichen Vollversammlung in Halle a. S., Verordnungsgebäude der Landwirtschaftskammer, Kottwitzstraße 7, ergeben ein. Die Verhandlungen beginnen am Mittwoch, den 21. Januar 1914, vormittags 10 Uhr.

- Tagesordnung:** 1. Eröffnung der Versammlung. 2. Ernennung von zwei Ersatzmitgliedern für die Dauer der Sitzung des Vorsitzenden. (§ 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung.) 3. Bericht über die seit der letzten Plenarversammlung erfolgten Ergänzungswahlen. 4. Bericht der Kommission zur Prüfung des Rechnungsabchlusses für das Geschäftsjahr 1912 und Erteilung der Entlastung. (§ 8 der Satzungen.) 5. Bericht über die Geschäftstätigkeit der Landwirtschaftskammer und der Ausschüsse sowie über die vom Vorstand im Jahre 1912 bei den Behörden gemachten Vorschläge und erzielten Gutachten. (§ 10 der Satzungen.) 6. Feststellung des Etats und der für das Jahr 1914 auszuführenden Hinzulage. (§ 8 der Satzungen.) 7. Bericht über die für die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1920 vollzogenen Maßnahmen zum Kammerzweck. 8. Bericht über die Tätigkeit, seiner Stellvertreter und der übrigen Mitglieder des Vorstandes und ihrer Stellvertreter (§ 13 des Gesetzes und § 7 der Satzungen) für die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1914. 9. Wahl von Mitgliedern mit beratender Stimme. (§ 14 des Gesetzes und § 6 der Satzungen.) 10. Wahl der Mitglieder zur Ausschüsse der Landwirtschaftskammer. 11. Vertagung der Wahlen der Mitglieder zum Deutschen Landwirtschaftskongress und zum Landes-Oekonomikerkongress. 12. Beschlußfassung über die Errichtung eines Ausschusses für Gemüse- und Gartenbau. 13. Vertagung über die weitere Ausgestaltung des Antriebs der Landwirtschaftskammer. Berichtshalter: Herr Dr. Steinau. 14. Empfehlung sich zur intensiveren Teilnahme an der Bildung und Besuch der Errichtung von Jugendkassen und die Vertagung des Wohnortes der Jugendkassen in ihre Bezirke? Berichtshalter: Der Vorsitzende des Tierzucht-Ausschusses Herr Oekonomierat Oeschke-Neudorf. 15. Beschlußfassung über einen Antrag der landwirtschaftlichen Kreisleitung des Kreises Hildesheim, betr. die Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterkurse in Mariä. Berichtshalter: Herr v. Preitenbach-Ludwigshof. 16. Beschlußfassung über die Abhaltung einer landwirtschaftlichen Provinzialausstellung aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Provinz Sachsen im Jahre 1915. 17. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer hat die Grundbesitzerbeobachtungen in der Provinz Sachsen und die Frage der künftigen Bevölkerung. Berichtshalter: Der Vorsteher der kulturellen Abteilung, Herr Stein. 18. Welche Erfahrungen sind bei der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche beim derzeitigen Seuchenschutz gemacht worden? Berichtshalter: Der Vorsteher der Abteilung für Versicherungswesen, Herr Zecher.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Reisen, 9. Jan. (Die Störung in der Stromzufuhr der Heberlandzentrale Gaeffers-Witersfeld ist wieder beseitigt. Die Ursache der Störung lag darin zu liegen gewesen sein, daß der Transformator am Ausgange der Wärschlagener Leitung III.

K. Bitterfeld, 9. Jan. (Weiden Wasserwerkmarkt) waren aufgetrieben: 192 Stück, von denen das Paar mit 20-30 Markt bezahlt wurde. Der Markt war ein guter.

A. Wehnen, 8. Jan. (Eine Aufschreibung des Kreisfeuerwehrvereins) fand unter dem Vorsitz des Königl. Landrats v. Hoffmann statt. Beschlossen wurde, den diesjährigen Verbandstag am 21. Juni in Quedlinburg. Die Tagesordnung dafür wurde festgelegt. Beschlossen wurde ferner, den Ausschußmitgliedern Reisekosten auf die Aufschreibungen zu gewähren. Im unmittelbaren Anschluß an die Verhandlungen v. B. bei Diemenbränden, soll angestrebt werden, vor dem nächsten mit dem Brandrat telefonisch in Verbindung zu treten, ob Hilfe gewünscht wird. Neben dieser Vorlage soll der Verbandstag Beschluß fassen.

W. Witten, 9. Jan. (Das größte Vergütungs-etabliement) des Kongresses, kam heute vormittag vor dem hiesigen Amtsgericht zur Hauptverhandlung. Das Etabliement ist mit insgesamt 198 000 M. Hypotheken belastet. Die Aktienbrauerei Witten, die mit einer Kapitalerhöhung von 50 000 M. an dritter Stelle steht, gab ein Gehalt von 60 000 M. ab, um die zweite Hypothek von 60 000 M. auszulösen. Da mehrere Gebote nicht abgegeben wurden, wurde der Brauereierbe Grundstück ausgetrieben. Die Aufschreibung erfolgt jedoch auf Antrag der Erbschaften erst in acht Tagen. Ganz ausfallen sind zwei Hypotheken in Höhe von 3000 M., 10 000 M. und 20 000 M.

Vermisches.

Solgen der Sturmfluten an der Ost- und Nordsee.

Anfangs dieser nachmittäglichen Stunde ist das Wasser in dem westlichen Teile der Ostsee stark angelaufen. In der Ostsee wasserseitig steigt, sagt der Westwind 1,65 über Null. Es herrscht Hochwasser.
In der Ostsee ist wieder Hochwasser eingetreten. Seit dem nachmittags stehen das Hochwasser und die Nebenfluten unter Wasser.
Bei Wisla am polnischen Fluß der starke Wind zum Sturm, der Hochwasser herbeiführt. Dadurch wurden gegen 7 Uhr abends die Quagangströme zum Garen, mehrere Häuser und die Holzbohlen unter Wasser gesetzt.
Auf der Ostsee nach Hochwasser gemeldet. Die Besatzung steigt rapid und richtet in Swierows und Umgebung großen Schaden an.

Im Schnee festes gelassen.

Bei der Station 1400 im Vogtland zwischen Schönberg und Reuth ist Veranlassung Nr. 214 im Schnee festes gelassen und war bis 10 Uhr vormittags noch nicht wieder frei, obgleich sofort ein Schneepflug und ein Hilfszug mit Personal von Wehrbau dort hin abgegangen war. Bei heftigen Stürmen verunfallte der Wagen den Schnee sofort in Eis. Die Reisenden wurden noch in der Nacht von einer Lokomotive nach der Station Reuth gebracht.
Im Erzgebirge sind heute früh zwei Flüge im Schnee festes gelassen, der eine zwischen den Stationen Scheibenberg und Eiterfeld, der andere zwischen Reitzersdorf und Thum.

Die Rettungsstation Stolpmünde.

Der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: In der Nacht auf den 8. Januar haben dem deutschen Dampfer „Stolz“, Kapitän Engel, getrieben östlich der Waken, mit Gütern von Stettin nach Stolpmünde bestimmt, sechs Personen gerettet durch Rettungsboot „General-Rossmeyer“ der Station Stolpmünde-Öst.

Eine ganze Familie vernichtet.

Die Familie des Bauarbeiters Alfred B. in Soltau, bestehend aus Mann, Frau und fünf Kindern im Alter von vier bis achtzehn Jahren, wurde gestern morgen in der Wohnung tot aufgefunden. Die fünf Kinder lagen mit durchschüttelter Asche in den Betten, während die Eltern in Trauerhülle aneinandergeliegt auf dem Sofa saßen. Auch die Schwester des Bauarbeiters wurde tot aufgefunden, ebenso lag der Hund mit durchschüttelter Asche in der Wohnung. Im Wohnungsgebinde fand man einen Zettel mit der Aufschrift: „Vorwärts! Gas!“ Sämtliche Gasohle der Beleuchtungsanlage wurden geöffnet vorgefunden. Inzwischen haben mitleidige benachbarte Bewohnerschaft die Gasse durch den Aschehaufen, ihren Koffer zu nehmen und dann selbst freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Wie aus hinterlassenen Briefen hervorgeht, haben Frau, seine Frau und seine aus Danzig stammende Schwester Margarethe Frau im Einverständnis geschiedet. Ebenso steht fest, daß zunächst die ganze Familie mit Gas vergiftet werden sollte, und daß Frau, als die Wirkung nicht schnell genug eintrat, mit einem Zeitschnepper seinen Kindern und seiner Schwester die Asche durchschüttelte. Die Leiche des ältesten Sohnes weit außer der Schmittwunde eine Stich- und eine Schußwunde auf, die Leichen des Ehepaares tragen Schußwunden an Stirn und Schläfe.

Als viertes Opfer

der Explosion in der Fabrik der Firma B. & C. in Gammont in Wien ist heute der Beamte K. Kersch gestorben.

Ein Antisemit vernichtet.

In Wiedenau (Niederrhein) ist das Antisemitengebinde niedergebrannt, wobei sämtliche Akten und Dokumente verloren gingen. Die Ursache des Feuers ist noch nicht festgestellt.

Vom erkrankten Ausländer.

Der Eisenbahnverkehr zwischen Retz und Niedersdorf ist unterbrochen. Man kann noch nicht angeben, wie weit sich der Streik ausbreiten wird. Aus Retz hat nur ein Zug abfahren können, da bis auf drei alle Maschinen in den Händen der Streikenden sind. Die Schaffner streiken ebenfalls. Der Streik ist fast vollständig unterbrochen.

Der Generaldirektor der Untereisenbahnen erklärte in einem Interview, die Situation werde wahrscheinlich in einem Augenblick ihren Höhepunkt erreicht haben, wenn die Maßzahl der Eisenbahngesellschaften sich dem Streik anschließen haben würde. Eine Vertagung der hiesigen Eisenbahnen Beschluß einbringen mit dem Streik zu beginnen. Die Haltung des Reichsbahnpersonals ist ungewiss. Der ausführende Ausschuß des Gemeindefortschrittsverbandes in Jöhmsburg hat noch keinen Beschluß gefaßt, und wahrscheinlich wird vor Sonnabend nicht ein entscheidender Schritt getan werden.

Die Bahnarbeiter in Durban arbeiteten heute morgen immer noch über die Nachmittagspause dem Streik des Bundes haben berichtet, daß sie heute mehr für einen Streik sind.

Der Arbeiterführer Wade ist in Jöhmsburg unter der Beschuldigung der Aufzehrung zum Aufbruch verhaftet worden.

Spanische Lebhaftigkeit.

Bei den Gemeindevahlen in Tortosa kam es zu Unruhen, wobei die Bureau der Diktatorverwaltung in Brand gesetzt wurde. Sämtliche Geschäfte haben geschlossen, die Diktator arbeiten nicht, und die Zeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt. Es ist der Belagerungszustand verhängt worden.

104 Jahre alt wird am 11. Januar eine Wänsdinerin, Frau Cordula Burger. Vor einigen Jahren war sie noch recht frisch und gesund; jetzt kränkelte sie und kann nicht mehr recht gehen und sehen.

Der Antwerpener Diamantenschnitt soll an den deutschen Diamanten einen Reingewinn von 64 Millionen erzielt haben.

Personalmeldungen.

Der Regierungsdirektor Dr. Kiehlhorn aus Wiesbaden ist der Königlich Preussischen Regierung in Verberg zur weiteren dienstlichen Verwendung übernommen worden, der neuernannte Regierungsdirektor Dr. v. Siedel, Platen aus Verberg dem Reichsdirektor des Kreisamtes, Dr. v. Siedel, der neuernannte Regierungsdirektor v. Siedel aus Verberg a. D. dem Reichsdirektor des Kreisamtes Verberg, der neuernannte Regierungsdirektor v. Siedel aus Verberg dem Reichsdirektor des Kreisamtes Verberg ausgeteilt worden.

Verleihen ist der Oberlandesgerichtsrat a. D. Geheimen Justizrat Dr. v. Lieberq. in Bamberg a. S. der Rolle Richter, oberer dritter Klasse mit der Stelle des Gemeindefortschrittsverbandes in Gächow a. M. nachträglich im Reichs-Landbuchamt, dem Gutshofmeister Buchendorf a. M. nachträglich im Reichs-Landbuchamt und dem Arbeiter-Gesamtvorstand in Weihen im Landbause Weihenfelds das Allgemeine Ehrenzeichen.



